

gazz

Grün-Alternative Zeitung



September 2017

Nr. 85

Wohnraum für alle

Die Gebänderte Prachtlibelle

lebt an Fließgewässern und steht unter Naturschutz. Auf der deutschen „Roten Liste“ der gefährdeten Arten wird sie auf der „Vorwarnliste“ geführt, denn ihr Wohnraum am Rande von Fließgewässern wird durch Abwassereinleitungen, Düngemittel- und Pestizideinträge gefährdet.

Absolute Zahlen für das zunehmende Insektensterben in Deutschland liegen nicht vor. Noch fehlen flächendeckende Bestandszahlen, systematische Forschungsreihen oder ein Langzeit-Monitoring. Dennoch geht aus dem Agrar-Report 2017 des Bundesamtes für Naturschutz hervor, dass der Gesamtbestand der Insekten in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten deutlich abgenommen hat. Zum Beispiel sind 41% der noch 560 existierenden Wildbienenarten vom Aussterben bedroht. Das globale Insektensterben hat Anfang 2016 eine internationale Studie des Weltrats für Biodiversität bestätigt. In manchen Regionen sind bis zu 40 Prozent der Fluginsekten vom Aussterben bedroht.

Wohnraum für alle! Das gilt nicht nur für Insekten (gazz-Seite 3), sondern auch für wohnungssuchende Menschen in Bamberg (Seiten 4 und 5). Radverkehrspolitik braucht ebenso Raum wie Klimapolitik und Energiewende (Seite 6), Alternativen zum Bechermüll (Seite 2) und ein offenes Europa (Seite 8).

Alles eine Frage der Politik, also der Wählerschaft. Sie haben die Wahl, am 24. September 2017. In der gazz 85 deshalb auch Raum für ein Portrait unserer Direktkandidatin Lisa Badum (Seite 7).

Foto: Adi Geyer

Bambecher – Kaffee genießen statt (wegwerf)bechern

Eine von der GAL mitgegründete Kampagne präsentiert Alternativen zum müllastigen „Coffee to go“

Wer einen Kaffee to go kauft, bekommt einen kleinen Pappbecher kostenlos dazu. Innen mit Plastikbeschichtung wegen der Flüssigkeit. Oben meist mit Plastikdeckel wegen allem, was so durch die Luft fliegt. Rund 15 Minuten ist der Behälter anschließend im Einsatz, dann landet er im Müll oder am Straßenrand. Aus ökologischer Sicht ist das eine Katastrophe.

320.000 Getränkebecher werden in Deutschland weggeworfen. Stündlich. Sicher haben Sie davon schon einmal gehört oder gelesen. Vielleicht



Der Bambecher-Sticker, hier auf Oma Gundas Kaffeetasse. Foto: www.bambecher.de

gen Wochen eine Aktion auf dem Maxplatz veranstaltet, demonstrativ einen Baum aus 500 alten Einwegbechern gebastelt und kostenlos Coffee to stay ausgeschenkt, denn Kaffee ist ein Kulturgut und ein Genussgetränk.

Man kann sich auch den eigenen Becher befüllen lassen. Unter www.bambecher.de verzeichnet eine Karte über 30 Verkaufsstellen, wo das geht, oftmals sogar mit Rabatt. Solche Mehrwegbecher gibt es in verschiedensten Formen und Farben sowie Materialien und Deckelvarianten. Wer den eigenen Becher zum Bambecher machen und damit ein Zeichen für Umwelt- und Ressourcenschutz setzen möchte, kann ihn mit den neuen Bambecher-Sticker aufhübschen. Die Aufkleber sind an einschlägigen Orten ausgelegt.

Bei einem Pfandsystem nutzen: Bei einem Pfandsystem gibt's den Kaffee im umweltschonenden Mehrwegbecher, der in allen teilnehmenden Verkaufsstellen wieder zurückgegeben werden kann – zum Beispiel in Freiburg, Rosenheim oder Kulmbach. Bambecher hat zahlreiche Cafés und Bäckereien in Bamberg an einen Tisch gebracht, um gemeinsam so ein System aufzubauen. Es geht also voran. *aei*

wissen Sie auch, dass mit der Energie für die Produktion der Becher rund 100.000 Haushalte versorgt werden könnten. Oder dass pro Becher ein halber Liter Wasser, über sieben Gramm Rohöl und natürlich Holz verarbeitet werden. Gegen diesen Ressourcenverbrauch braucht es gute Müllvermeidungsstrategien. Und nicht einfach, wie kürzlich in Bamberg beschlossen, 20 neue innerstädtische Mülleimer für je 1.500 Euro.

Die GAL hat gemeinsam mit dem Verein CHANGE-Chan-

cen.Nachhaltig.Gestalten und weiteren Mitstreiter*innen die Initiative „Bambecher“ ins Leben gerufen. Gemeinsam wollen wir Alternativen sichtbar bzw. möglich machen und dazu anregen, den eigenen Kaffee-konsum zu hinterfragen.

Hier drei grüne Alternativen zum Wegwerfbecher „to go“:

Die einfachste Möglichkeit, einen Pappbecher zu sparen: Einfach im Café oder der Bäckerei bleiben und aus der Tasse trinken. Bambecher hat dazu vor weni-



Coffee to Stay: Aktion von GAL, Change e.V. und anderen im Juli 2017 auf dem Maxplatz. Foto: sys

Mehr Infos: www.bambecher.de
Aktuelles: facebook.com/Bambecher

Bahnausbau Bamberg überflüssig?

Wenn in Bamberg noch die Köpfe bei der Debatte über Tunnellösung und Bestandstrasse rauchen, wird der Zug längst in vier Stunden von München nach Berlin fahren. Hektik ist also nicht angesagt. Vielmehr täte Bamberg ein Moratorium gut.

Bald ist es soweit! Ab dem 10. Dezember 2017 wird sich die Fahrzeit mit der Bahn zwischen Berlin und München um mehr als zwei Stunden verkürzen. Mit dem Sprinter, der dreimal täglich verkehrt und unterwegs nur in Halle an der Saale, Erfurt und Nürnberg hält, dauert die Reise drei Stunden und 55 Minuten. Dies ist sozusagen der Rekord.

Die anderen Fernzüge sind auch nicht gerade langsam. Der ICE-T etwa schafft die Strecke in vier Stunden und 15 Minuten. Das liegt daran, dass er eben „nur“ 230 Stundenkilometer, nicht 300, aufs Tacho bringt. Von Berlin nach Bamberg dauert es übrigens mit dem regulären ICE zwei Stunden und 45 Minuten.

Die Neubaustrecke kostete 3 Milliarden Euro. Die Gleise verlaufen über 29 Brücken und durch viele Tunnel, die insgesamt 41 Kilometer lang sind. Insgesamt wird das „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8“ allerdings mit 10 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Unter anderem fehlt noch der Ausbau des Streckenabschnitts durch Bamberg, der im Jahr 2028 fertig sein soll.

Für das bereits in den 90er Jahren, kurz nach der deutschen Wiedervereinigung, gesteckte Ziel von vier Stunden Fahrzeit Berlin-München sind die paar Kilometer auf dem Stadtgebiet Bamberg aber ersichtlich nicht relevant. Wa-

rum also der ganze Hype um die Frage, wie und wo man zwei zusätzliche Gleise durch oder unter die Stadt quetscht?

Der einzige Grund für den Ausbau basiert auf der Prognose, dass es künftig mehr Güterzüge geben wird, die den superschnellen Fernverkehr behindern könnten. Aber genau diese Prognosen sind mehr als fragwürdig.

Man sollte deshalb abwarten, ob sich die Voraussagen bewahrheiten. Ein Moratorium also. Danach könnte man sicher(er) sagen, ob der viergleisige Ausbau durch Bamberg überhaupt nötig ist.

Bamberg könnte dieses Moratorium nur nützen im momentanen Planungswirrwarr und Ideenjahrmarkt zwischen Volluntertunnelung und Durchfahrtsvarianten. Der vorläufige Verzicht auf den Ausbau könnte auch deshalb ein Segen sein, weil die technischen Fortschritte beim Lärmschutz gerade in den nächsten Jahren rasant zunehmen werden.

Und Lärmschutzmaßnahmen entlang der Trasse durch Bamberg muss es geben – egal, ob Ausbau oder nicht. Aber es wäre doch fatal, jetzt nach alten Richtlinien und Methoden zu planen, um in zehn Jahren einen technisch überholten Bau zu vollenden oder gar festzustellen, dass man das alles gar nicht gebraucht hätte!

usa

mokka makan
so östlich wie köstlich

Tasse statt Masse

Vorderer Graben 4
(direkt hinterm Rathaus)
Mo - Fr: 10.00-18.00, Sa: 10.00-15.00
www.mokka-makan.de

MUSSÄROL
Bamberger Kräutergärtnerei

Gewürz- und Teekräuter
Duft-, Aroma- und Heilpflanzen
Jetzt: sonnengereifte Bio-Tomaten!

Hoffladen mit Schaukräutergarten geöffnet:
April – Oktober

Mi 14 – 18 Uhr
Fr 10 – 18 Uhr
Sa 9 – 14 Uhr

Kräuter- und Gärtnerstadtführungen

Nürnberger Str. 86
Bamberg
0951-22023
www.biokraeuter.info

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76

Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

COPY SHOP 30 Jahre

18 neue PCs – superschnelle SSD Festplatten Office 2013 Open Office
sehr niedrige Energiekosten!
(30 W statt 400 W).

DHL Paketshop
Briefmarken Faxversand

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg
(im ehemaligen Bürozentrum Kutz)
Tel. 0951-982120, Fax 9821233
info@copy-shop-bamberg.de
tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr
Notdienst Telefon 0170 -6163532



Der GAL-Vorstand (v.l.n.r.): Jonas Glüsenkamp, Dr. Juliane Fuchs, Peter Gack, Anna-Sophie Braun, Christian Hader. Foto: aei

Der neue GAL-Vorstand

hat im Juni Verstärkung durch Anna-Sophie Braun und Dr. Juliane Fuchs bekommen. Peter Gack übernahm den Kassierer-Posten.

Die freiberufliche Lektorin für Examensarbeiten, Juliane Fuchs, legt ihren Schwerpunkt auf die Einbindung neuer Mitglieder sowie auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Anna-Sophie Braun schloss vor wenigen Jahren ihr Psychologie-Studium in Bamberg ab und arbeitet nun als Neuropsychologin. Sie schnupperte durch das GAL-Mentoring-Programm erstmals grüne Luft. Neben Umweltpolitik und Gleichberechtigung sind ihr gesundheitspolitische und soziale Fragen ein besonderes Anliegen. Nach 27 Jahren verabschiedete sich Peter Gack im April aus dem Bamberger Stadtrat. In der GAL engagiert er sich nun im Vorstand in der Position als Schatzmeister.

Weiterhin im GAL-Vorstand aktiv sind Christian Hader und Jonas Glüsenkamp. Der gebürtige Bamberger und leidenschaftliche Radfahrer Christian Hader legt seinen Fokus auf Verkehrspolitik und die Stadtentwicklung Bambergs. Der selbständige Physiotherapeut war Initiator des Radentscheids und setzt sich für eine fahrad- und fußgängerfreundlichere Verkehrsgestaltung ein.

Die Schwerpunkte des Volkswirts Jonas Glüsenkamp liegen neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch auf politischer Partizipation. Er ist einer der Initiatoren der Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ in Bamberg und setzt sich für Bürgerprojekte wie den „Radentscheid“ oder die „Bambecher“-Initiative ein.

hw

Im Gespräch mit Adi Geyer

Warum wir den Ameisenbläuling brauchen ...

Die Nachricht vom Artensterben der Insekten schlägt derzeit hohe Wellen in den Medien. Damit rückt ein Thema in den Fokus, mit dem sich die Grünen schon lange beschäftigen. Die 99Z fragte den Experten Adi Geyer, warum wir auch auf einzelne Arten nicht so einfach verzichten können.

99Z: Herr Geyer, Sie sind als Biologe in Ihrem Beruf täglich mit dem Schutz der biologischen Artenvielfalt betraut. Welche Konsequenzen hat das rasant zunehmende Artensterben der Insekten?

Geyer: Der massive Einbruch der Biomasse auf etwa ein Viertel des Wertes aus den 90er Jah-

ren wirkt sich auf die gesamte Nahrungskette aus. Deswegen ist er auch eine Ursache des starken Rückganges vieler Vogelarten und anderer Insektenjäger wie z.B. Fledermäuse. Diese fehlen wiederum in der Landwirtschaft als natürliche „Schädlingsbekämpfer“ und es werden weiterhin hohe Pesti-

zidgaben benötigt. Wir müssen schnellstens aus diesem Teufelskreis aussteigen, weil die akute Gefahr besteht, dass wir durch den massiven Eingriff einen Punkt erreichen, an dem die ökologische Stabilität komplett verloren geht.

99Z: Was sind geeignete Sofortmaßnahmen?

Geyer: Erstens brauchen wir ein sofortiges Verbot aller systemisch wirkenden Pestizide, wie z.B. der Neonikotinoide, die bis in die Blüte wirken und somit auch Blütenbesucher tö-

ten. Hier ist die Politik gefordert.

Zweitens brauchen wir Lebensräume für Insekten, die gleichzeitig den Brutraum für Vögel liefern. Der Marienkäfer, ein Blattlausfresser, benötigt beispielsweise Hecken und Feldraine zum Überwintern. In der Vergangenheit haben wir vor allem durch die Flurbereinigung solche Strukturen dem Wachstumszwang der Landwirtschaft geopfert. Große landwirtschaftlich genutzte Flächen müssen wieder verkleinert werden, um Hecken, Feldraine, Hohlwege, Böschungen etc. neu anzulegen. Nur diese strukturelle Vielfalt kann die Arten- und Individuenzahl wieder vergrößern.

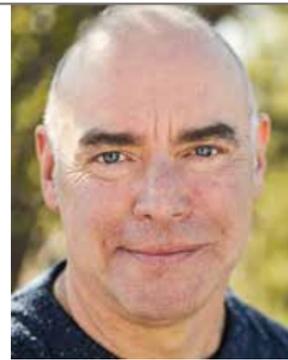
99Z: Sie sprechen von Wachstumszwängen. Der Biodiversitätsverlust wird oft in Euros bemessen. Ist diese Ökonomisierung überhaupt der richtige Ansatz?

Geyer: Meiner Meinung nach ist es nicht möglich, alle Auswirkungen eines schwindenden Ökosystems in Euro-Beträgen zu messen. Zumindest aber hat der Rückgang der Bienenvölker aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung den Menschen wach gerüttelt und somit

den bereits seit Jahrzehnten zu beobachtenden Artenschwund nun stärker in den Fokus gerückt. Wir müssen weg von Quantität und hin zur Qualität – gerade weil uns eine konventionelle Landwirtschaft, die vorrangig auf Wachstum setzt, überhaupt erst in diese Situation gebracht hat.

99Z: Um welche Art der Qualität bemühen Sie sich derzeit in Ihrer Arbeit in Bamberg?

Geyer: Aktuell unterstütze ich die Umsetzung des Managementplans für das FFH-Gebiet „Wiesen um die Altenburg“ im Auftrag des Umweltamtes. Die Artenvielfalt ist dort u. a. durch die zunehmende Düngung einiger Wiesen bedroht. Denn ein zu hoher Nährstoffgehalt führt zur Verarmung von Wiesen; blütenreiche Nahrungspflanzen für diverse Insekten gehen verloren. Zwei größere Wiesen-



Adi Geyer, Tierökologe und Biologe aus Bamberg, entwickelt und koordiniert bayernweit insbesondere Artenschutzprogramme für Schmetterlinge.

flächen konnte ich inzwischen aus der Düngung herausbringen. Von dieser und anderen Maßnahmen profitieren dort insbesondere der Helle und Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling. Die Sicherung dieser seltenen Arten liegt mir als Bamberger für Bamberg besonders am Herzen.

Das Interview führte Dorothea Schopppek.



Der Wiesenknopf-Ameisenbläuling lebt auf den „Wiesen um die Altenburg“ und begründet deren Schutzstatus als FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat gemäß Naturschutz-Richtlinie der EU). Laut Adi Geyer geht es der Population heute besser, sie ist aber noch immer in einer kritischen Phase.



Wir haben es GlyphoSATT

Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist nur ein aktuelles Beispiel für die nicht enden wollende Reihe von Lebensmittel- und Umweltskandalen. Die GAL zeigt dazu den aktuellen Dokumentarfilm „Code of survival“ und hat dabei den Regisseur Bertram Verhaag zu Gast in Bamberg. Die Grünen wollen die Agrarwende.

Glaubt man den Versprechungen der Agro-Gentechnik-Lobby, so sind Gentechpflanzen die moderne Form der Eier legenden Wollmilchsau. Sie sollen Pestizide einsparen, die Welternährung sichern und Bioenergien liefern. Doch bis heute sind die Befürworter*innen den Nachweis schuldig geblieben, dass Gentech-Pflanzen Vorteile für Verbraucher*innen oder eine nachhaltige Landwirtschaft bringen.

Für den Regisseur des Dokumentarfilms „Code of survival“ Bertram Verhaag ist die Sache klar: „Pflanzen werden ja nicht gentechnisch verändert, um uns, den Menschen, bessere Pflanzen oder Lebensmittel zu geben. Vielmehr dient dies dem einzigen Ziel, mehr Profit zu machen, Patente anzumelden und die Macht über den Markt zu bekommen.“

Ein Beispiel, wie Abhängigkeiten im doppelten Maße geschaffen und damit Profite gesteigert werden, sind gentechnisch veränderte Leguminosen, also Hülsenfrüchtler wie Erbsen und Bohnen. Diese haben an ihren Wurzeln kleine Knöllchenbakterien, die in der Lage sind, aus der Luft Stickstoff aufzunehmen und der Pflanze zum Wachstum zuzuführen. Durch die gentechnische Veränderung der Pflanze werden diese Knöllchenbakterien der Pflanze zerstört. Mit dem Resultat, dass die Pflanze keinen Stickstoff mehr binden kann. Die Folge: Die Bauern müssen Stickstoff kaufen und den Boden künstlich düngen.

Darüber hinaus kritisiert Verhaag, dass Saatgut gentechnisch so verändert wird, dass es nur einmal keimfähig ist. „Dadurch (...) werden die Bauern gezwungen, jedes Jahr aufs

Neue Saatgut zu kaufen. Und zwar von genau jener Industrie, die es zuvor gentechnisch verändert hat und nun das Patent für dieses Saatgut besitzt. (...) Und nun kommt der nächste Schachzug der Industrie: Die gentechnisch veränderten Pflanzen werden so gezüchtet, dass sie – und nur sie – unempfindlich werden gegen ein bestimmtes Gift, das genau jene Firma vertreibt, die zuvor in die Gene des Saatguts eingegriffen hat.“ Die Rede ist von Monsanto und deren Spritzmittel „Roundup“ mit dem Hauptwirkstoff Glyphosat.

Die Besonderheit im Fall Glyphosat ist, dass es eine für die chemische Unkrautkontrolle vergleichbar „nützliche“ und gleichzeitig toxikologisch bessere Wirkstoff-Alternative derzeit nicht gibt. Bei einem Glyphosat-Verbot wäre auf Jahre die chemische Unkrautbekämpfung der konventionellen Landwirtschaft in vielen Anwendungsbereichen gefährdet.

Man wäre gezwungen, auf die nicht-chemische und somit auf die anbautechnische Kontrolle unerwünschter Gräser und Kräuter umzustellen, wie sie der Ökolandbau praktiziert. Mit Blick auf den Umwelt- und Verbraucherschutz wäre genau dies der richtige Weg. Die Pestizidindustrie und die konventionelle Landwirtschaft sehen dies jedoch nicht als Chance, sondern als ökonomische Gefahr. Auch dies ist ein Grund für das harte Ringen um den Wirkstoff.

„Um unsere Lebensgrundlagen zu schützen, kämpfen wir Grüne für ein wirksames Pestizidminimierungsprogramm. Bis 2030 wollen wir die Ackergifte in Bayern um die Hälfte reduzieren“, so Sigi Hagl, die Landesvorsitzende der bayerischen Grünen. „Außerdem machen wir uns dafür stark, dass das besonders gefährliche Gift Glyphosat umgehend und europaweit verboten wird.“

Har



Code of survival

Grüner Filmabend mit Regisseur Bertram Verhaag

Dienstag, den 12. September, 18.30 Uhr

Lichtspielkino (Unt. Königstr. 34)

Eintritt: 5 Euro

Millionen Tonnen von Monsanto's „Roundup“ mit seinem Hauptwirkstoff Glyphosat werden Jahr für Jahr weltweit auf die Felder ausgebracht. Diese Giftwaffe wird jedoch stumpf, denn die Natur bildet resistente Unkräuter, die sich in biblischen Ausmaßen vermehren und nun ein Superwachstum an den Tag legen, das Nutzpflanzen überwuchert und abtötet. Der Film „Code of Survival“ konfrontiert den giftgestützten Anbau einer zerstörerischen Landwirtschaft mit drei biologisch nachhaltigen Projekten.

Im Kern steht die Frage: In welcher Art von Landwirtschaft liegt der Code of Survival auf unserem Planeten?

Nach dem Film gibt es eine Gesprächsrunde mit dem Regisseur Bertram Verhaag (u.a. „Der Bauer und sein Prinz“) und der grünen Bundestagskandidatin Lisa Badum.

Glyphosat – Umweltrisiken

Glyphosat vernichtet die Wildkrautflora und somit Nahrungsquellen und Lebensräume. Darunter leidet die Artenvielfalt. Durch den massiven Einsatz von Glyphosat entstehen Resistenzen, was wiederum zu einem noch stärkeren Glyphosateinsatz und der Mischung mit weiteren Herbiziden führt. Das Auftreten von Schadpilzen wird begünstigt. Weil Pflanzen durch Glyphosat Mikronährstoffe schlechter aufnehmen, ist chemische Düngung notwendig. Auch direkte Schadeinwirkungen von Glyphosat auf das Wurzelsystem sind bekannt.

Glyphosat – Gesundheitliche Risiken

Glyphosat sowie seine Neben- und Abbauprodukte wirken bei direktem Kontakt über Haut oder Atemwege toxisch, können also direkt Ausschlag und Atemnot verursachen. Das Gift gelangt aber auch über die Nahrung (Pflanzen- und Fleischprodukte) in den menschlichen Körper. Es kann zur Schädigung menschlicher Zellen und Störungen der Embryonalentwicklung bei Wirbeltieren führen. Es gibt Hinweise darauf, dass es in die Hormonbildung eingreift. Seit März 2015 führt die Internationale Krebsforschungsagentur (IARC) das Spritzmittel Glyphosat in der zweithöchsten Gefahrengruppe 2A („wahrscheinlich krebserregend bei Menschen“). In Regionen Lateinamerikas mit hohem Glyphosat-Einsatz gibt es eine erhöhte Rate an Fehlgeburten, Fehlbildungen bei Neugeborenen und Krebserkrankungen.

Geschäftemacherei mit Wohnungsnotlage

Ein in der Szene bekannter Bamberger Vermieter nutzt die Notlage von Flüchtlingen aus, um Räumlichkeiten als Wohnung zu vermieten, die dafür nicht zulässig sind. Damit macht er lukrativen Gewinn, auch auf Kosten des Staates.

Wenn Menschen hilflos und arm sind, sich nicht gut auskennen und in Bedrängnis leben, werden sie leicht Opfer skrupellos-ausbeuterischer Machenschaften. Ahmad S.* und seine Frau Kalila* sind ein Beispiel dafür – und wahrscheinlich keine Ausnahme. Das junge Ehepaar stammt aus Syrien, schaffte die Flucht und kam 2017 in die Aufnahmeeinrichtung Oberfranken AEO im Bamberger Osten. Es dauerte nicht lange, bis die beiden ihre Anerkennung als Flüchtlinge erhielten. Eigentlich müssten sie nun auch eine Wohnsitzzuweisung von der Regierung von Oberfranken erhalten, denn seit 2016 ist eine möglichst gleichmäßige Verteilung aller anerkannten Asylsuchenden auf ganz Deutschland gesetzlich vorgeschrieben. Doch bei der Regierungsstelle erhielten sie die Auskunft, wenn sie eine Wohnung in Bamberg finden würden, bekämen sie eine Zuweisung für Bamberg und könnten bleiben.

Ahmad und seine Frau machten sich sofort auf die Su-

che. Die beiden haben ein offenes Wesen und finden leicht Kontakt. Über einen Bekannten kamen sie auf ein Wohnungsangebot eines Bamberger Vermieters, der in der Immobilienbranche schon anderweitig auffällig wurde: Jörg Neumann. Sie besichtigten die Räume und überlegten sich, diese tatsächlich anzumieten. Einen Mietvertrag – von Vermieterseite unterzeichnet – hatten sie umgehend in der Tasche und mussten nun nur noch den Antrag auf Kostenübernahme an das Jobcenter ausfüllen. Bei dieser Gelegenheit suchten sie Hilfe bei einer Beratungsstelle von Freund statt fremd e.V. – und erst an dieser Stelle wurde deutlich, was der menschenfreundliche Neumann tatsächlich mit den Flüchtlingen vor hatte.

Denn die vermeintliche Zweizimmer-Wohnung ist überhaupt nicht bewohnbar. Sie liegt im Gebäude Steinweg 9 – dem bereits unrühmlich bekannt gewordenen ehemaligen Gasthaus Sonne – und ist eigentlich ein ziemlich renovie-



Aktion der DGB-Jugend im August 2017 auf dem Maxplatz.

Foto: sys

rungsbedürftiges Ladenlokal. Der eine Raum hat zwei große straßenseitige Schaufenster, die nicht zu öffnen sind. Die Eingangstüre direkt zur Straße ist die einzige Luftzufuhr nach draußen. Das dahinter liegende zweite Zimmer hat überhaupt kein Fenster. Baurechtlich sind die Räume nicht bewohnbar und können folglich auch nicht legal als Wohnung vermietet werden.

Vermieter Neumann gab außerdem die Quadratmeterzahl der Räume deutlich zu hoch an und verlangte eine entsprechend hohe Miete. Im Mietvertrag liegen die Kosten für Miete, Neben- und Heizkosten rein

zufällig immer genau an der Grenze, die vom Jobcenter im Rahmen der „Kosten der Unterkunft“ für zwei Personen gerade noch übernommen wird. Der Vermieter hätte sich also staatliche Gelder für eine Leistung auszahlen lassen, die er in der Realität gar nicht erbringt und auch gar nicht hätte erbringen dürfen.

Als Achmad und Kalila all dies erklärt wurde, nahmen sie von dem Vertrag Abstand. Derlei anrüchige und vielleicht kriminelle Praktiken wollten sie keinesfalls unterstützen. Ein mulmiges Ge-

fühl hatten sie zwar schon vorher, aber die Verlockung, endlich aus der AEO rauszukommen, wo man sich eine Dreizimmer-Wohnung mit 15 oder mehr Personen teilen muss und nicht einmal eine Kochgelegenheit hat, wäre doch groß gewesen – auch unter solch miesen Wohnumständen. Dem Anschein nach sind übrigens seit August die beiden Räume im Steinweg 9 anderweitig vermietet.

Die GAL legte den Vorgang der Bamberger Staatsanwaltschaft vor, die nun strafrechtlich ermitteln kann.

Denn es ist durchaus zu vermuten, dass es mehr solche gesetzeswidrigen Mietverhältnisse gibt, die nicht nur Flüchtlinge und arme Menschen, sondern auch den Staat, in diesem Fall das Jobcenter, ausbeuten. Und dem muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Dabei spielt allerdings auch der Staat selbst eine unrühmliche Rolle. Wie die 99Z aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, werden derzeit Wohnsitzzuweisungen der Regierung von Oberfranken an anerkannte Flüchtlinge in der AEO absichtlich verzögert ausgestellt. Laut Gesetz sollen Asylsuchende

maximal sechs Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung wie der AEO verbleiben. Erhalten sie Ihre Anerkennung früher, sollen sie natürlich umgehend verlegt werden. Die Regierung Oberfranken stellt nun aber generell erst nach sechs Monaten einen Transfer in eine andere Kommune aus – Achmad und Kalila sind also kein Einzelfall. Grund: Das derzeit mit ca. 1000 bis 1500 Bewohner*innen eher spärlich belegte Camp muss einigermaßen gefüllt werden, sonst ist der seit Juli vollendete Endausbau auf 3400 Personen nur allzu peinlich.

Die Flüchtlinge in der AEO aber befinden sich monatelang auf dem Abstellgleis. Sie wollen endlich normal wohnen, Sprachkurse besuchen, arbeiten, ihre Kinder in eine normale Schule oder in den Kindergarten schicken usw. Um endlich in ihr neues Leben starten zu können, drängen sie zusätzlich auf den Bamberger Mietwohnungsmarkt. Der wird deswegen gerade im unteren Segment auch immer angespannter. Auch Achmad und Kalila werden es wohl weiter probieren.

radi / sys

*Namen geändert.

Stillstand beim Wohnungsbau in der Gereuth

Vor drei Jahren versprach der Oberbürgermeister 120 neue Wohnungen auf dem Eberth-Gelände. Bis heute wurde dort keine einzige Kelle Mörtel gemischt.

Anfang des Jahres 2014 kaufte das städtische Wohnungsbauunternehmen Stadtbau GmbH das ehemalige Gelände der Firma Eberth in der Gereuth. Der Plan war zum einen, dort die neue Baskidhall zu errichten, ein Basketballjugendförderzentrum, das heute in Kooperation mit den Brose Baskets betrieben wird, und zum anderen 120 Wohnungen für Geringverdienende zu bauen. Vom Oberbürgermeister wurde dies vollmundig angekündigt.

Das mit der Baskidhall ging flott: Spatenstich im Mai 2015, Einweihung Oktober 2015.

Von Wohnungen allerdings ist auf dem Eberth-Gelände bis heute keine Spur. Stattdessen legt die Geschäftsführung der Stadtbau GmbH dem Stadtrat mit schöner Regelmäßigkeit Berichte vor, dass man sich viel vornimmt und nichts umsetzt.

Da steht dann etwa unter der Rubrik „Geplante Maßnahmen 2015“: „Planungsleistungen sind in 2015 vorgesehen (...)“. Und – die copy- und paste-Funktion lässt grüßen – im darauffolgenden Jahr unter derselben Rubrik: „Planungsleistungen für das Areal in der Gereuth sind in 2016 vorgesehen (...)“. Den Eintrag in der entsprechenden Rubrik 2017 dürfen 99Z-Leser*innen jetzt selbst raten ... Richtig!

Nur – voran geht auf dem Gelände bis heute nichts. Obnehin hat die Firma Eberth erst im März 2017 ihre letzten Hin-

terlassenschaften abgeräumt – vertragsgemäß! Bei der Stadt hatte man ganz offenkundig noch nie ein Interesse an einem schnell verfügbaren Gelände.

Die GAL wollte Druck machen und stellte im Oktober 2016 einen Antrag, sofort ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten und 2017 mit den Bauarbeiten zu beginnen. Doch in öffentlicher Stadtratssitzung



Das ehemalige Gelände der Firma Eberth in der Gereuth, zwischen Gereuthstraße, Lerchenweg und Kornstraße. Foto: sys

will der Oberbürgermeister das Thema nicht behandeln und verwies es in den Aufsichtsrat der Stadtbau GmbH, die Eigentümerin des Geländes ist und das Bauprojekt ja auch entwickeln soll. Der Aufsichtsrat aber tagt nichtöffentlich.

Die 99Z fragte daraufhin den Stadtbau-Geschäftsführer Veit Bergmann, warum das Eberth-Gelände in so idylli-

scher Ruhe döst. Die Deutsche Bahn behindere das Vorhaben, so seine schriftliche Antwort. Er erwähnt nebulös „alt eingetragene Dienstbarkeiten“ und meint, dass die Emissions-schutzberechnung erst nach Klarheit über den Bahnausbau erfolgen könne. Nur: Direkt an die Bahn grenzt das fragile Grundstück ja gar nicht an, und keine 200 Meter weiter – an der Erlichstraße und in derselben Nähe zur Bahnstrecke – will ein anderer Investor schon bald ebenfalls Wohnungen

bauen. Über die wahren Gründe für den Stillstand darf also spekuliert werden ...

Die Bamberger Bevölkerung hat nach Meinung der GAL ein Recht darauf zu erfahren, warum die vor drei Jahren versprochenen und dringend benötigten bezahlbaren Wohnungen bislang Wunschtraum bleiben. Die GAL wird sich dahinter klemmen.

sys

Brief
ans Rathaus



Bamberg, im September 2017

Betrifft: Wohnungsnot in Bamberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hey, Andy, du alter Edel-Sozi!

Also, wir sind schockiert!

Jetzt ist uns das schon mehrfach untergekommen, dass jemand behauptet, du würdest absichtlich den Bau von Sozialwohnungen in Bamberg nicht fördern, ja sogar behindern. Weil du solche armen Schlucker, solche Hartz-IV-ler, solches Gesocks nicht in deiner schneien Stadt haben willst – sagt man – von dir!!!!

Das ist doch echt die Höhe, oder? Bad fake news, üble Nachrede, fiese Gerüchte!

Und das dir, Andy! Wo doch jeder dein großes Herz kennt, dein zutiefst sozialdemokratisches, dein empathisches, dein mitleidig schlagendes, also wir meinen natürlich pochendes. Als wenn nicht gerade du alles tun würdest, damit genau diese Menschen, die in ihrer Not auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind, Unterstützung bekommen, und eben Wohnungen – angesichts des massiven Wohnungsmangels in unserer Stadt.

Wir wissen doch alle, wie entschieden du der Immobilien-Lobby entgegentrittst, den Investitions-Absahmern mit ihren überbeuerten Preisen, den Anlagen-Haien mit ihren Luxuswohnungen. Stattdessen sorgst du pausenlos für neue sozial orientierte Baugelände, mit Mietpreisbindungen und staatlich geförderten Wohnungen.

Zum Beispiel: äh ja, jetzt so direkt gefragt, hm also so auf Anhieb blöd, irgendwie kommen wir da gerade nicht drauf na ja, also uns fällt jetzt im Moment – natürlich nur im Moment! – kein Beispiel ein.

Müssen wir vielleicht noch mal recherchieren.

Oder könntest du eventuell, also, ganz einfach, uns in Zukunft ein paar Beispiele liefern??? Super. Das wäre echt stark, Andy. Danke!

Mit solidarischen Grüßen

Deine GAL Fraktion

Sozialklausel mit Haken, Ösen und Hintertürchen

Bezahlbare Wohnungen sind in Bamberg Mangelware. Die Stadt will nun tätig werden und brütet gerade ein kompliziertes Regelwerk aus, das hoch bürokratisch ist, zu kurz greift und den Investoren üppige Schlupflöcher lässt.

Bamberg erlebte in den letzten Jahren eine Entwicklung des Wohnungsmarkts mit gnadenlos marktwirtschaftlicher Logik: Aufgrund der Diskrepanz zwischen hoher Nachfrage und vergleichsweise geringem Angebot stiegen die Preise für Eigentum und Miete enorm an. Von der Politik wurde dies kaum gebremst oder gesteuert.

Gerade das wäre aber bei den Mieten für Menschen mit

geringem Einkommen dringend nötig – und auch machbar. Andere Kommunen wie etwa München greifen hier längst ein. Und die GAL fordert seit Jahren gebetsmühlenartig bei jedem neuen Bebauungsplan eine soziale Wohnraumquote mit festgelegten bezahlbaren Mieten, meist ohne Erfolg.

Nun endlich sind auch andere Fraktionen aufgewacht, und die Stadtverwaltung legte

eine Richtlinie für eine so genannte „Sozialklausel“ vor, die für alle künftigen bzw. noch im Verfahren befindlichen Bebauungspläne gelten soll. Nach dem Entwurf müssen alle Bauvorhaben über 1000 qm Wohnfläche mit einem 20%igen Anteil der Wohnungen die Sozialklausel erfüllen. Dafür gibt es vier Varianten – siehe Kasten.

Das hoch komplexe System ist zwar ein Schritt in die rich-

tige Richtung, lässt den Investoren aber weiterhin viel Spielraum. So soll die Sozialklausel erst ab 1000 qm zu bauen der Wohnfläche greifen. Wer beispielsweise zwei Mehrfamilienhäuser baut, vierstöckig mit jeweils 8 Dreizimmerwohnungen von 60 qm, bleibt schon mal außen vor. Bauträgern dürfte es nicht schwer fallen, Bauvorhaben so zu splitten, dass die Richtlinie für sie schlichtweg nicht zutrifft. Die Größenvorgabe müsste deutlich geringer sein bzw. für alle Bauvorhaben gelten, die aus mehr als 5 Wohneinheiten bestehen.

Die Personen, die derzeit am meisten unter hohen Mieten und mangelnden Alternativen leiden, sind Menschen, die auf Hartz IV bzw. ALG II angewiesen sind, deren Wohnung also über KdU vom Jobcenter gezahlt wird. Ihnen ist mit den Richtlinien überhaupt nicht geholfen, weil für sie auch die Mieten in der Sozialklausel-Bindung immer noch zu hoch sind. Für diesen Personenkreis müsste zusätzlich eine erweiterte Sozialklausel eingeführt werden. Die Sozialquote müsste deshalb insgesamt eher 40% von Neubauvorhaben umfassen als die geplanten 20%.

Im Herbst soll die Sozialklausel vom Stadtrat beschlossen werden.

Bamberger Sozialklausel

Bei der geplanten Sozialklausel hat der Bauträger die Auswahl aus vier Varianten.

- „Einkommensorientierte Förderung EOF“** nach dem Bayerischen Wohnbauförderungsgesetz: Hier werden die Mieter*innen in zwei Einkommensstufen aufgeteilt und müssen je nach ihrer Finanzkraft nur einen bestimmten „zumutbaren“ Mietanteil selbst zahlen, den Rest bis zu einer maximalen Höhe übernimmt der Staat. Der Vermieter erhält zusätzlich eine Darlehensförderung für den Bau. Die Mietbindung läuft über 25 Jahre. Zuständig für die Belegung ist die Regierung von Oberfranken.
- Städtische Mietobergrenze:** Diese wird von der Stadt selbst berechnet und ist lageabhängig, also in der Gemarkung niedriger als im Berggebiet. Basis für die Berechnung sind zwar die für Bamberg geltenden KdU (= Kosten der Unterkunft, also die maximale Miete, die z.B. für Hartz-IV-Empfänger*innen vom Staat gezahlt wird), die städtische Mietobergrenze liegt aber deutlich höher. Dauer ebenfalls 25 Jahre.
- Mittelbare Belegung:** Der Bauträger überträgt die Sozialklausel auf bereits vorhandene und frei verfügbare Wohnungen in seinem Bestand, die entsprechend dem Mietpiegel der Stadt Bamberg mit einer Bindung auf 25 Jahre vermietet werden müssen. Dafür gibt es eine Wertgegenüberstellung von Neubau und Bestand, die dazu führen kann, dass (aufgrund des geringeren Wertes) im Bestand mehr Quadratmeter mit Sozialklausel-Bindung nachzuweisen sind als dies beim Neubau der Fall gewesen wäre. Dafür kann der Bauträger das Neubauvorhaben völlig frei verwerten. Dort gibt es dann keinerlei soziale Durchmischung.
- Ablösung:** Der Bauträger baut und verwertet ungehindert auf dem freien Markt und zahlt dafür eine Ablösesumme an die Stadt Bamberg. Diese berechnet sich aus der Differenz zwischen dem erwarteten Mietpreis am freien Markt und dem von der Stadt berechneten Sozialmietpreis (Punkt 2). Die Summe ist von der Stadt ausschließlich für den sozialen Mietwohnungsbau zu verwenden. Im Neubaugebiet gibt es auch hier keine soziale Mischung.



Karikatur: Thomas Pfaffmann

Zweckentfremdung von Wohnraum bleibt ungestraft

Stadtratsmehrheit will auch weiterhin nichts gegen leer stehende Wohnungen unternehmen – nur die Anzahl von Ferienwohnungen in der Altstadt soll nicht weiter zunehmen

Eine ungute Entwicklung ist in Bamberg zu beobachten: An allen Ecken und Enden sprießen Ferienwohnungen aus den Mauern. In der Wohnung nebenan stehen plötzlich Schreibtische statt Betten. Oder es wird an Zäunen gefeilt statt Essen gekocht. Und wer kennt nicht irgendwo in der Nähe eine Wohnung, die einfach nur leer steht?

In einer Stadt wie Bamberg, wo Menschen verzweifelt nach Wohnraum suchen, ist das ein unhaltbarer Zustand. Und es müsste von einer gestaltungswilligen Politik auch gar nicht hingenommen werden. Denn es gilt das Zweckentfremdungsgesetz, das Kommunen entsprechende Instrumente an die Hand gibt. Das Gesetz gibt es seit 2007, zuletzt wurde es in diesem Jahr geändert. Und aus dem bayerischen Innenminis-

terium kommt explizit der Appell an die Kommunen, es anzuwenden, um Wohnraum zurück zu gewinnen.

Appell sogar aus München: Zweckentfremdung bekämpfen!

Die Anwendung des Gesetzes funktioniert so: Eine Kommune, die in ihrem Gebiet Wohnraum feststellt, erlässt eine Zweckentfremdungssatzung. Daraufhin ist die Nutzung von Wohnraum für andere Zwecke nicht mehr erlaubt, bzw. nur in Ausnahmefällen genehmigungsfähig. Das heißt, die Umwandlung einer Wohnung in eine Zahnarztpraxis, ein Maklerbüro, eine Anwaltskanzlei oder eine Ferienwohnung ist ebenso verboten wie

die Wohnung länger als drei Monate leer stehen zu lassen. Die Kommune kann die verbotene missbräuchliche Umnutzung bzw. Nichtnutzung mit (wiederholten) Bußgeldern ahnden und eine zweckentsprechende Nutzung anordnen.

In der Stadt München gibt es bereits eine Zweckentfremdungssatzung, und ein ganzer Mitarbeiterstab im Rathaus ist damit befasst, sie umzusetzen. Bislang wurden 300 Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt. Viel größer schätzt man vor Ort aber die vorbeugende Wirkung ein: Eigentümer*innen gehen das Risiko von Gesetzesübertretung und Bußgeldern gar nicht erst ein.

Hohe Zahl von Ferienwohnungen in Bamberger Altstadt

Das Thema Zweckentfremdung kam in Bamberg auf, als bekannt wurde, wie viele Feri-

enwohnungen es hier gibt. Eine Internet-Recherche der Verwaltung zählte im Februar 2016 im Stadtgebiet 330 Ferienwohnungen, wovon nicht einmal ein Dutzend bauordnungsrechtlich angemeldet war. Die meisten befanden sich in der Fischerei (12 Ferienwohnungen), in der Tocklergasse (8), in der Karolinenstraße (5), in der Judestraße (7) und in der Oberen Sandstraße (9). Es ist aber davon auszugehen, dass von dieser Zählung noch längst nicht alle erfasst wurden.

Der Stadtrat war sich einig, gegen die Holidayisierung ganzer Straßenzüge vorzugehen. Die GAL beantragte darüber hinaus gehend, das Problem grundlegend und umfassend anzugehen – mit einer Zweckentfremdungssatzung. Im Juli 2017 kam das Thema erneut in den Konversionssenat – und das Ergebnis ist: Eine Zweckentfremdungssatzung lehnen Stadtverwaltung und Stadtratsmehrheit rundweg ab.

Stadtrat mit Samthandschuhen

Einen solchen „erheblichen Eingriff“ in den Wohnraummarkt“ (Zitat Sitzungunterlage) will man nicht verantworten, den Eigentümern will man mit „Vermietungsgeboten“ nicht zu nahe treten, das dafür nötige Personal (ein bis zwei Stellen) will man nicht bereit stellen.

Und überhaupt: Man will nicht im gesamten Stadtgebiet tätig werden, sondern lediglich im Bereich des Weltkulturerbes. Dafür soll nun bauleitplanerisch (für das gesamte Ge-

biet bzw. für Teilbereiche) die Anzahl der Ferienwohnungen auf 5 Prozent der Gesamtzahl der Wohnungen begrenzt werden. Das ändert am Ist-Zustand nichts, wird nur in einigen Straßenzügen dafür sorgen, dass keine weiteren Ferienwohnungen hinzukommen.

Dem Wohnraummangel wird man mit derart softer und zahnlöser Politik freilich nicht Herr. Erneut zeigt sich, dass die Stadtratsmehrheit wohnungspolitisch nicht durchgreift, sondern mutlos und träge dahindümpelt.

5/15

Selbst erzeugter Strom billiger als von Ihrem Energieversorger!



- Unabhängigkeit von steigenden Strompreisen
- Sicherheit durch festen Strompreis - 25 Jahre lang

Wir haben 25 Jahre Erfahrung in der Erzeugung von Energie und über 2500 Solarprojekte realisiert

EBITSCHenergie-technik GmbH - www.ebitsch-energie-technik.de
96199 Zapfendorf - Bamberger Straße 50 - Tel. 09547 87050



EBITSCH
energie-technik

seit 1989

Ihr Bamberger Fachgeschäft

für ökologisches & gesundes

Bauen, Renovieren,

Wohnen und Schlafen

ÖKOLOGISCHE

Farben
Holzböden
Bodenbeläge
Dämmstoffe
Lehmputze
Naturholzbohlen
Massivholzbohlen
Wandheizung
Elektro-Smog
Messung und Abschirmung

OKOLOGISCH HAUS
BAMBERG

www.oekohaus-bamberg.de

Armeestraße 5

Mo - Fr: 9 - 18Uhr Sa: 9 - 13Uhr Tel.: 0951-915 200

Bamberg wird erneuerbar ... wenn alle an einem Strang ziehen

Die Bundestagskandidatin Lisa Badum wirft einen Blick auf die Energiewende vor Ort und stellt fest: Das Potential ist da – es muss nur endlich genutzt werden.

Wer sich in der bayerischen Energieszene umhört, ist sich sicher: Der Landkreis Bamberg ist Spitze! Die Regionalwerke und der Klimaschutzmanager Robert Martin holen sich einen Preis nach dem anderen ab. Da verleiht BMW eine stattliche Flotte i3-E-Autos für den Landkreis. In der Lokalpresse häufen sich Fotos von örtlichen Promis mit Klima-Allianz-Logo im Hintergrund. Was steckt dahinter?

☹️ Car-Sharing im Umland – nichts dahinter!

Als ich mit Gerhard Schmid, Grünen-Kreisvorsitzender Bamberg-Land, über Car-Sharing im Landkreis spreche, ist das ernüchternd. Es gibt zwar so etwas wie Car-Sharing rund um Bamberg, aber nur ein paar Kommunen beteiligen sich. Sie stellen einige auch als Dienstfahrzeuge genutzte E-Autos zur Verfügung, man kann sie für je einen vollen Tag ausleihen. Doch die dafür nutzbare

Online-Plattform ist kaum bekannt und exotisch. Und den Schlüssel für das Auto kann man ohnehin nur im Amt zu den Öffnungszeiten abholen und zurückgeben. Flexible und intelligente Mobilität nur von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr? So funktioniert keine Verkehrswende 2.0.

Schmid greift deshalb lieber gleich auf das Bamberger Car-Sharing-Angebot „MeiAudio“ zurück. „Als Ländler finde ich es schade, dass Stadt und Land nicht zusammenarbeiten, davon würden beide Seiten und der Klimaschutz profitieren“, so Schmid. Ein einfacher erster Schritt wäre für ihn, den Bamberger Landkreis in „MeiAudio“ einzubinden. Vorteile: Online 24 Stunden am Tag das Auto buchen, abholen und abgeben!

😊 Regionalwerke – auf Dauer ausgebremst?

Ein gemeinsames Projekt sollte auch die 2012 gegründeten

Regionalwerke Bamberg sein. Sozusagen die Krönung der 2008 ins Leben gerufenen Klimaallianz mit dem Ziel, Bamberg bis 2035 energieautark zu machen. Alle arbeiten zusammen: Stadt und Landkreis Bamberg, die Stadtwerke und immerhin 31 Kommunen aus dem Landkreis. Die Idee ist gut, nur Ökokraftwerke konnten bisher noch keine gebaut, Projekte noch nicht verwirklicht werden.

Und warum? Die politischen Rahmenbedingungen bremsen die Erneuerbaren in ganz Deutschland aus, ganz besonders der CSU-Seehofer-Sonderweg einer 10H-Abstandsregel für Windräder. Diese verhindert nicht nur das lange geplante Windkraft-Projekt bei Brunn/Heiligenstadt, sondern auch alle anderen möglichen Windkraftanlagen. Laut einer Studie gäbe es im Bamberger Umland immerhin ein Standortpotential für

Immer aktuell
www.gaznet.de

100 Windräder.

Es war aber auch falsch, sich so lange nur auf den letztlich gescheiterten Bürgerwindpark Brunn zu konzentrieren. Möglichkeiten, sich breit aufzustellen, gäbe es genug: Mieterstrom, Nahwärme, Energienutzungspläne ...

Doch um die Regionalwerke auf Trab zu bringen, bräuchte es mehr als die halbherzig-träge Resignation der dafür verantwortlichen Politik in Stadt und Landkreis.

😊 Stadtwerke – visionär in die Zukunft

Was Hoffnung macht: Die Bamberger Stadtwerke denken weiter. Ihr Energie- und Verkehrskonzept für die Konversionsfläche Lagarde-Kaserne will nichts weniger als 100 Prozent Erneuerbare Energien! Die Smart City sieht so aus: Wo möglich, wird an Dächern und Fassaden Solarstrom produziert. Dieser speist nicht nur die Haushalte, sondern auch

Klimawandel global und vor Ort

Es wird heiß auf dem Planeten. Zu heiß. Diesen Sommer brach ein etwa eine Billion Tonnen schwerer Eisberg, fast siebenmal so groß wie Berlin, vom Eisschelf Larsen C in der Antarktis. Das ist alarmierend!

Werfen wir einen Blick auf Bayern. Laut Landesamt für Umwelt ist das Jahresmittel der Lufttemperatur in Bayern mit rund 1,1°C seit 1931 stärker gestiegen als der globale Wert von 0,7°C. Eisberge können sich hier nicht lösen, doch zunehmende Erwärmung und längere Dürreperioden machen sich anderweitig bemerkbar.

In Bamberg führte die anhaltende Hitze im Juni zu einer erhöhten Ozonkonzentration im Stadtgebiet. Laut Umweltamt wurde bereits die kommunale Vorwarnstufe von 160 Mikrogramm pro Kubikmeter leicht überschritten.

Und die Hitze sorgte auch für Trockenheit in der Stadt. Laut Gartenamt verzeichnete man zwischen Juli 2016 und Ende Juni 2017 ein Niederschlagsdefizit von etwa 230 Liter/m²/Jahr. Das ist eine Reduktion von über einem Drittel und ließ die Bäume in der Stadt „quasi auf dem Trockenen“ sitzen.

Künftig werden diese Wetterextreme noch gravierender. Und uns muss klar sein: Es ist höchste Zeit zu handeln! Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu spüren bekommt. Und wir sind gleichzeitig die letzte, die extreme Schäden noch verhindern kann. Schrecken wir nicht zurück und sorgen wir für erneuerbare Energiegewinnung, emissionsarme Mobilitätsformen und nachhaltige Landwirtschaft – rechtzeitig und global!

aei

die gemeinsam genutzten Elektroautos. Auch Wärme und Kälte sollen vor Ort im Stadtteil erzeugt und verteilt werden. Ein automatisiertes Energiemanagement sorgt für Effizienz und sparsamen Energieverbrauch. Eine tolle Vision – Grüne werden alles daran set-

zen, dass sie Wirklichkeit wird. Wenn Stadt und Land an einem Strang ziehen, schaffen wir die Klimaziele.

Lisa Badum

 GAL Bamberg auf facebook

Es wurde längst mit den Speichen abgestimmt

Beim Radverkehr ist die Kommunalpolitik der Bürgerschaft weit hinterher – das zeigt das Sammelergebnis für den Radentscheid.



Rinnsteinorientierte Radverkehrspolitik in Bamberg – hier Fahrrad“schutz“streifen am Kunigundendamm mit Gullydeckel als Hinderniszugabe.
Foto: sys

Nicht nur in der Bamberger Radverkehrszene hat das Ergebnis bombenmäßig eingeschlagen: Mehr als 8700 Unterschriften haben die Aktiven für das Bürgerbegehren „Radentscheid Bamberg“ gesammelt und werden diese im September im Rathaus einreichen. Selbst wenn man eine großzügige Zahl von möglichen Mehrfachunterschriften, ungültigen oder unleserlichen Angaben abzieht, bleiben mit Sicherheit immer noch mehr als doppelt so viele Befürworter*innen der zehn Radentscheid-Ziele übrig wie die formal benötigten 3300 Unterschriften. Das sind mehr als je zuvor bei einem Bürger-

begehren in Bamberg gesammelt wurden.

Und das ist natürlich eine Botschaft! Eine deutliche! Sie passt zu der Tatsache, dass die Bamberger*innen tagtäglich mit den Radspeichen abstimmen, welches Verkehrs-

mittel sie voranbringen wollen. Nach der vom Stadtrat im Jahr 2012 beschlossenen „Radverkehrsstrategie“ sollte der Anteil der mit dem Fahrrad in der Stadt zurückgelegten Wege von 22 % (Stand 2005) auf 30 % im Jahr 2020 gesteigert werden.

Doch das Etappenziel wurde bereits fünf Jahre früher erreicht, wie Zählungen 2015 ergaben.

Ein Drittel des Verkehrsaufkommens bewegt sich also auf dem Fahrrad. Das merkt man dem Haushalt der Stadt Bamberg allerdings nicht an. Ebenfalls von 2012 liegt ein Stadtratsbeschluss vor, der den Radverkehr jährlich mit 5 Euro pro Einwohner*in finanziell fördern will, das wären gut 350.000 Euro pro Jahr. In keinem einzigen Haushalt seither wurde dieses Ziel erreicht, nie fand sich eine Stadtratsmehrheit, die tatsächlich Geld in dieser Höhe bereitstellen wollte.

Der Radverkehr in Bamberg hat toll zugelegt, aber nicht wegen, sondern trotz der kommunalpolitischen Rahmenbedingungen. Der Oberbürgermeister bezeichnet Bamberg mit

gewissem Recht als „Fahrradstadt Süddeutschlands“, denn Bamberg weist tatsächlich aktuell den höchsten festgestellten Radverkehrsanteil aller Kommunen Bayerns aus. Aber als Verdienst seiner Politik darf er das nicht werten.

Für eine Stadt der Größe Bambergs empfiehlt der „Nationale Radverkehrsplan 2020“ des Bundesverkehrsministeriums jährliche Investitionen von 6 bis 15 Euro pro Einwohner*in. Da müssen wir hin.

Doch erste populistische Gegenstrategien machen sich bemerkbar: Wer Geld in Fahrradkilometer stecke, könne keine Kitas mehr fördern und keine Schultoiletten mehr sanieren, hört man. Es ist zwar richtig, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, aber es geht hier vor allem um ei-

ne gerechte Verteilung von Investitionen in Verkehrsmaßnahmen, und die sind seit Jahrzehnten enorm autolastig. Deshalb ist das Ausspielen von Radverkehr gegen soziale Forderungen eine billige Masche, der niemand auf den Leim gehen sollte. Nicht Sozialpolitik steht zur Disposition, die Verkehrspolitik hat Versäumnisse aufzuholen.

Die GAL hat den Radentscheid von Anfang an inhaltlich und durch Men-Power unterstützt. Wir werden dies nun auch im Stadtrat tun und natürlich dann, wenn es zu einem Bürgerentscheid kommt. Übrigens erwartet die GAL vom Oberbürgermeister nichts anderes – immerhin hat er den Radentscheid mit eigenhändiger Unterschrift unterzeichnet.

sys

Gut zum Fuß – gut zur Umwelt – GUTE

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie

Ströber + Think + Hartjes + Ganter + Haferl
Vabeene + Loint's + Stegmann + Däumling

BA - JOSEPHSTR. 9 Bhf/Bus (Luitpoldeck) je 5 min
Mo – Fr 10.30 – 18.30 h Sa 10.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266

WAHL!



... natürlich leger!



Gesundes
Bauen & Wohnen

GEORG LUNZ

- Maler-Meisterbetrieb
- Angewandte Baubiologie
- Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf

Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33

E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

Lisa – ein Energiebündel für Berlin

Mit 33 Jahren steuert Lisa Badum als Direktkandidatin für Bamberg-Forchheim auf den Bundestag zu. Politische Erfahrung bringt sie in vielerlei Hinsicht mit. Und Dialog und Auseinandersetzung gehören zu ihrem Alltag. Unsere 99Z-Redakteurin hat sie beim Wahlkampf begleitet.



Lisa Badum als Gast bei der DGB-Jugend-Aktion für bezahlbaren Wohnraum. Foto: sys

August, glühende Sommerhitze am Nachmittag auf dem Maxplatz. Die DGB-Jugend hat sich offenbar die heißeste schattenlose Stelle vor dem Rathaus ausgesucht, um mit ihrer Aktion mehr „bezahlbaren Wohnraum“ zu fordern. Kartons sind zu einer Wand aufgebaut, der Slogan in Großbuchstaben draufgeklebt. Alle Bamberger Kandidat*innen der im Bundestag vertretenen Parteien wurden eingeladen. Der Kandidat der Linken ist vor Ort, die Grüne Lisa Badum ist pünktlich, bei der SPD spart man sich den Termin, hat sich entschuldigen lassen. Während alle schwitzend auf den CSU-Mandatsträger Silberhorn warten, der schließlich im weißen Hemd mit 35 Minuten Verspätung eintreffen wird, nimmt Lisa kurzerhand einen Stapel Flyer in die Hand und verteilt einige an die sparsam vorbeikommenden Menschen. In ihrem kurzen hellen Kleid und den flachen Sandalen ist sie von den Aktiven der DGB-Jugend ohnehin nicht zu unterscheiden.

Das Thema „sozialer Wohnraum“, Gerechtigkeit überhaupt, ist etwas, das für sie durchaus „Erregungspotenzial“ hat, erzählt sie mir später. „Auch deswegen bin ich

bei den Grünen, weil sie dagegen angehen, wenn jemand benachteiligt ist, seien das nun Frauen, Alleinerziehende, Migrant*innen oder eben Men-

„Ich wehre mich gegen den Leistungsmythos in unserer Gesellschaft.“

schen mit geringem Einkommen.“ Es geht ihr um die Rahmenbedingungen – die müssten stimmen – und für die ist eben die Politik zuständig. „Natürlich hat jeder auch Eigenverantwortung – aber ich wehre mich gegen den Leistungsmythos in unserer Gesellschaft.“

So ist Lisa Badum im Alter von 16 Jahren auch zur Politik gekommen – durch ein Thema, das mit Unterdrückung und Ausbeutung zu tun hat. „Ich habe ein Buch über Genitalverstümmelung bei Frauen gelesen“, erzählt sie, „und war völlig schockiert.“ Sofort hat sie einen Weg gesucht, sich konkret dagegen zu engagieren und kam zur Organisation „terre des femmes“. Info-Stände, Aufklärungsarbeit, Geld sammeln – schon die politischen Anfänge also auf der Straße, auf Plätzen und an Orten, wo man Menschen erreicht und auf sie zugehen kann.

Lisa Badums persönlicher Schwerpunkt heute ist allerdings die Klima- und Energiepolitik geworden, inzwischen sogar als Beruf. Die gebürtige Forchheimerin arbeitet bei einem Öko-Stromanbieter und ist für die „Bürgerakzeptanz“ zuständig, wie sie es ausdrückt. Was heißt das genau? „Immer wenn meine Firma ein neues Projekt plant, wie Solar- oder Windkraftanlagen, gehe ich auf die Bürger und Bürgerinnen vor Ort zu, informiere, nehme Einwände auf, arbeite mit örtlichen Energiegenossenschaften zusammen.“ Dialog und Kommunikation also auch im beruflichen Alltag, sie hat viel Übung in dem Bereich.

Mit dem Unternehmen, für das sie arbeitet, identifiziert sie sich, das merkt man. Ihre politischen Ziele einer dezentralen und demokratischen Energiegewende kann sie hier tagtäglich auch konkret umsetzen. Ihr selbst gewähltes Markenzeichen „Energiebündel Lisa – 100% erneuerbar“ ist nicht aus der Luft gegriffen.

Unerschöpfliche Energie zeigt Lisa Badum seit 17 Jahren in allen Politik-Bereichen, nicht schlecht für eine Frau von erst 33 Jahren. Übers Studium der Politikwissenschaft in Bamberg kam sie zur Grünen Hochschulgruppe, wurde überraschend in den Senat der Universität gewählt, war bei der GAL Bamberg im Vorstand, Praktikantin bei Ursula Sowa in ihrer Bundestagszeit im Wahlkreisbüro. Seit 2007 ist sie kommunalpolitisch in Forchheim engagiert, und 2009 kandidierte sie erstmals im Wahlkreis Bamberg-Forchheim als Direktkandidatin für den Bundestag.

„Ach, da war ich noch Studentin, es war eine tolle Zeit“,

erinnert sie sich heute lachend an ihren damaligen kecken Plakatspruch: „Warum? Darum! Badum“. Mit dem bayerischen Listenplatz 15 hatte sie keine realistische Chance in den Bundestag einzuziehen. Das könnte diesmal anders sein. Nachdem Lisa bei der Wahl 2013 den Platz 13 auf der grünen Bayern-Liste eroberte, hat sie sich diesmal bis zum Platz 11 vorgearbeitet – „schon a weng wackelig, aber eben nicht unmöglich“, sagt sie verschmitzt.

Um ihr Ziel kämpft Lisa leidenschaftlich. Für den Wahlkampf hat sie bei ihrer Arbeitsstelle die Stunden reduziert. Sie ist im ganzen Wahlkreis unterwegs, unzählige Termine, zahllose Gespräche. Lisa will ein gutes Ergebnis für die bayerischen Grünen – Lisa will in den Bundestag.

Ein Regentag im Juli. „Haustürwahlkampf“ ist angesagt – schon der Begriff klingt nicht besonders gemütlich. Aber die Grünen wollen sich und ihre Themen und Ziele direkt zu den Bürger*innen bringen, eben an die Haustür. Ein neues Format, aus den USA abgeschaut. Lisa macht sich, mit mir als Begleitung, auf den Weg: Genossenschaftswohnhäuser in Bamberg-Ost. Wir klingeln an jeder einzelnen Tür, stoßen von böser Ablehnung bis zu freundlichen Erfolgswünschen auf alles. Nicht unanstrengend, bei all dem immer zu lächeln. Wer scheu ist, kann gleich einpacken.

Lisa kann das nicht schrecken. Sie findet diese Aktion prima. „Wenn wir Grünen Veranstaltungen machen, dann bleiben wir damit meist im eigenen Milieu“, meint sie, und genau da will sie drüber hinaus. „Auf ganz neue Leute zugehen, finde ich spannend. Ich möchte gerade die nicht-grünen Wähler und Wählerinnen erreichen – oder vielleicht die



Lisa Badum beim Haustürwahlkampf in Bamberg-Ost. Foto: sys

noch-nicht-grünen“, fügt sie augenzwinkernd hinzu.

Kostet sie das nicht Überwindung, einfach so an fremden Türen zu klingeln? „Naja, anfangs schon“, meint Lisa. Aber allzu große Zurückhaltung müsse man sich als Politikerin abgewöhnen. Logisch, Bekanntheit ist das A und O der Politik. Während in

aber, Türen zu öffnen: Sie ist unpräzise, alles andere als arrogant, ihr Lachen wirkt echt, nicht aufgesetzt, Lisa hat kein aalglattes Wesen wie so viele Politiker, sie ist ein bisschen burschikos, oft unverblümt, dabei aber herzlich – und man merkt ihr an, dass sie etwas will, auf etwas zusteuert, dass etwas sie antreibt.

„Auf neue Leute zugehen, finde ich spannend.“

Forchheim der Name Lisa Badum durch ihr kommunalpolitisches Engagement seit 2007 im Kreistag längst jedem geläufig ist, löst er in Bamberg eher noch Fragezeichen aus. Wenn sich Lisa an den Wohnungstüren als Kandidatin vorstellt, die ab Herbst womöglich im deutschen Parlament sitzen könnte, schauen die Leute oft ziemlich ungläubig: Diese junge Frau in Turnschuhen und Baumwolljacke? Aha.

Genau mit ihrem etwas spröden Charme schafft Lisa es

Was sie im Innersten antreibt, erzählt sie mir später im Café – fast ein wenig verschämt kommt sie mir dabei vor. Sie fühlt sich sehr ihrer Heimat verbunden, mag gerne das Bier aus den hiesigen kleinen Brauereien und trägt sogar gerne fränkische Tracht, wenn sie zum Volxtanz bei David Saams Boxgalopp geht. Heimat – auch das ist bei Lisa Badum politisch. „Gesundes Leben, sauberes Wasser, saubere Luft, und die wunderschöne Landschaft erhalten“ – das will sie für die „Genussregion Oberfranken“, und so wie sie den Begriff ausspricht, hört er sich gar nicht mehr nach Marketing-Slogan an, sondern irgendwie sehr liebevoll.

Sylvia Schaible

Lisa Badum berichtet regelmäßig in ihrem **Blog** über den Wahlkampf: www.lisa-badum.de
Facebook/Twitter: Lisa Badum
Instagram: badumlisa



„...“ Lisa ... ohne Worte „...“



Fotos: Joachim Sator

Jetzt gibt's die „Ehe für alle“. Wie findest du das?

Die Gleichstellung der Frau ist inzwischen vollendet, oder?

Was machst du am 24. September 2017 um 18.01 Uhr?

Bamberg im Herzen

Europa im Blick

Was wünschst du dir für die Zukunft?

„Ich engagiere mich seit dem Frühjahr bei der Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ in Bamberg. Ich wünsche mir, dass Europas Chancen für alle Menschen erkennbar werden. Die Möglichkeiten der interkulturellen Europaerfahrungen, die heute Akademiker*innen durch „Erasmus“ und internationale Jobs haben, sollten künftig mehr Menschen in Ausbildung und Arbeit ermöglicht werden.“



Jonas Glisenkamp

„Offene Grenzen und offene Herzen – Rechtspopulist*innen Grenzen aufzeigen.“



Janik Horstmann

„Ich wünsche mir ein Europa, in dem kein Mensch aufgrund der Herkunft, des Geschlechts oder der Religionszugehörigkeit ausgegrenzt wird. Wir müssen unabhängig von solchen Attributen vor allem auf das achten, was uns alle als Menschen ausmacht und verbindet.“



Jana Costar

„Europa bedeutet für mich einen grenzübergreifenden Erfahrungsraum. Auf meinen Reisen durfte ich viele neue Perspektiven und unterschiedliche Meinungen kennen lernen, die mich als Europäer in Bamberg prägten. In einer zunehmend vernetzten Welt übernehmen wir gegenseitig und gemeinsam Verantwortung. Auch in Europa müssen wir uns verstärkt darum bemühen!“



Noah Schweitzer

„Ich wünsche mir für die EU mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Damit meine ich, dass die Bereitschaft existiert, Herausforderungen gemeinsam anzugehen, sodass diese kleiner werden oder gar ganz verschwinden und Chancen daraus erwachsen.“



Fiona Knieling

„Ich wünsche mir als Bambergerin eine weltoffene, herzliche Stadt. Freiheit, Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichheit, Respekt und Toleranz sind für mich untrennbar mit der Europäischen Idee verknüpft. Ich wünsche mir, dass es gelingt diese Werte innerhalb und langfristig auch außerhalb Europas zu verwirklichen.“



Andrea Weaver

„Ich wünsche mir ein weltoffenes Bamberg, das auch mal einen Blick abseits der hügeligen Gebiete rund um den Dom riskiert und sich als Teil eines solidarischen und toleranten Europas begreift. Ein solches Bamberg schafft dann auch bezahlbaren Wohnraum für Familien und sorgt für eine kinderfreundliche Stadtraumgestaltung.“



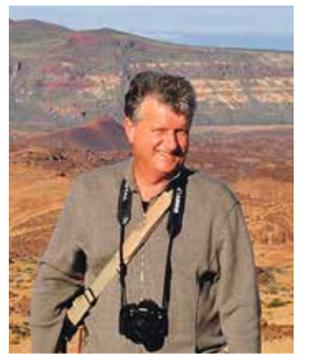
Johanna Schlicht

„Im Herbst gehe ich für ein Jahr europäischen Freiwilligendienst nach Lettland. Ich kann mir Bamberg nur in einem offenen Europa vorstellen. Europa soll nicht schrumpfen, sondern wachsen, und es soll demokratischer werden.“



Max Schaible

„Für Europa habe ich einen Traum: Politik ohne Kungelei, ohne Machtspielchen und nationalen Egoismus, damit es für alle Menschen eine bessere Zukunft gibt. Und für Bamberg: das fröhliche Miteinander einer weltoffenen und entspannten Stadt.“



Fritz Hager

Termine

Samstag, 9.9.2017,
ab 11 Uhr

„Café Grün“, Frühstücks-
treff der Bamberger GAL

Café Kapuzino,
Kapuzinerstr.7

Dienstag, 12.9.2017,
18.30 Uhr

Grüner Filmabend „Code
of survival“, siehe Seite 3

Lichtspielkino

Freitag, 15.9.2017

„Café Parklücke“, GAL-Be-
teiligung am weltweiten
parking-day, mit fairem
Kaffee aus der Porzellan-
tasse

Innenstadt, wo genau
siehe Tagespresse oder
www.gal.bamberg.de

Immer aktuell
www.gaznet.de

KAUFRAUSCH
Ausstraße 27 · 96047 Bamberg
Tel. 0951-23807 · www.kaufrausch-bamberg.de
Mo.-Fr. 10.00-18.00 Uhr · Sa. 10.00-16.00 Uhr

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufzug
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

DER RADLADEN
FREUDE AUF ZWEI RÄDERN.

→ FAHRZEUGE von 0 - 99 Jahre
→ GROSSE AUSWAHL an hochwertigen
→ ZERTIFIZIERTE WERKSTATT, offen f
→ INDIVIDUELLE ANPASSUNG Ihres Ra

TREKKINGRÄDER / E-BIKES / CITYRÄDER / MOUNTAINBIKES / RENNRÄDER / REISERÄDER / FALTRÄDER / KINDERRÄDER / ANHÄNG

400 QM FAHR-SPASS

TESTEN SIE UNS!
Wir freuen uns schon.

freundliche
Fahrrad-
menschen

BAMBERG
STEINWEG 4A
TEL: 0951-57853

RADLADEN-BAMBERG.DE

Impressum

Die **gaz** wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Andreas Eichenseher (aei), Dr. Juliane Fuchs, Harald Rink (Har), Sylvia Schaible (sys), Dorothea Schoppek, Ursula Sowa (usa), Hannah Witzzenrath (hw), Joachim Wondrak.

V.i.S.d.P. (auch für Anzeigen): Ralf Dischinger, Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 23777, gaz@gal.bamberg.de, www.gal.bamberg.de

Mitarbeiterin dieser Ausgabe: Lisa Badum

Gestaltung: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG

Herausgeber: Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 20.000

Nr. 85 / September 2017

Die **gaz** wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.